



Niederschrift

8. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
8. April 2025, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 8 der Tagesordnung: Zahlungsverpflichtungen von Bund und Land

Antrag: CDU

Vorlage: 2025/0178

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 8 zur Behandlung auf und teilt mit, der Antrag sei aus der Gemeinderatssitzung vom 25. März 2025 verworfen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) hält es für gut, dass man dieses Thema in die Diskussion brachte. Man müsse Klarheit bekommen über das Verhältnis zwischen bestellen und bezahlen. Er mahne immer wieder an, dass diese Dinge nicht richtig in der staatlichen Verfassung geregelt seien. Die Kommunen müssen lauter werden und dürfen nicht nur abwarten, bis irgendwelche Millionen-Töpfe nach irgendwelchem Proporz verteilt würden.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE) begrüßt das Grundanliegen. Man habe noch selber die Möglichkeit zu handeln, weshalb man sich etwas mäßigen solle. Inwieweit das Konnexitätsprinzip gewahrt sei, sei etwas offen. Man habe die Kämmerei gebeten, nach Teilhaushalten, Produktbereichen, Produktgruppen aufzulisten, wie die Pflichtaufgaben nach Weisung und nach Selbstgestaltung aufgeteilt seien. Man müsse wissen, wie viel Geld in welche Aufgaben gehe.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) bekennt, man habe in der Vergangenheit versucht herauszubekommen, wie groß beispielsweise bei der Unterbringung von Flüchtlingen der Anteil sei, der bei der Stadt hängenbliebe, beziehungsweise, wie viel man von Land und Bund erstattet bekomme. Man habe nie eine definitive Antwort bekommen. In der Verwaltungsantwort stehe jetzt, dass genau in diesem genannten Beispielbereich dem Grundsatz der Konnexität in immer geringerem Maße nachgekommen werde. Die Befürchtungen, dass man als Stadt immer mehr bezahlen müsse, seien nicht unbegründet.

Man könne nicht so weitermachen, dass immer mehr Aufgaben bei der Stadt hängen bleiben. Es gebe freiwillige Aufgaben, die man auch leisten wolle und an denen man festhalten wolle. Wenn jetzt dieser Konnexitätsgrundsatz immer weiter aufgeweicht werde, müsse man als Kommune immer mehr die Dinge bezahlen, die eigentlich vom Bund oder vom Land bestellt seien. Der Spielraum für die freiwilligen Leistungen werde irgendwann ausgehen.

Der Vorsitzende sagt zu, man werde berichten, was man vielleicht auch mit einer anderen Stadt gemeinsam untersuchen könne. Er warne vor zu großen Erwartungen. Es gehe zum einen darum, ob etwas konnex sei oder nicht. Es gebe viele Landesgesetze, die erst einmal zwingend klingen, aber bei genauer Betrachtung so formuliert seien, dass sie dann doch keinen Muss- sondern einen Soll-Charakter hätten.

Er hält es für gut, dass man es gleich so grundsätzlich aufsetze, dass man auch an der einen oder anderen Stelle einmal über eine Musterklage nachdenken könne.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er Zustimmung fest. Der Antrag sei damit erledigt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
14. April 2025